

*Helmut Wiesenthal*

## **Rehe am Weltmarkt**

### Ein etwas anderer Blick auf Wirtschaftspolitik

*Überarbeitete Fassung des Beitrags zum wirtschaftspolitischen Treffen  
grüner Reformpolitiker/innen am 28.11.1987 in Bonn*

Was muß sich ändern, damit soziale und ökologische Gesichtspunkte in ökonomischen Entscheidungen mehr und mehr Geltung gewinnen? In einer solchen Perspektive geht es nicht mehr um Antworten auf die Frage "Welche Reformen sind nötig?", sondern um die reformpolitische Frage "Wie eingreifen?", um *gewollte* Wirkungen zu erzielen und nichtgewollte Wirkungen soweit wie möglich zu vermeiden. Sich einmal auf die Wie-Frage zu konzentrieren, ist sinnvoll, weil die Palette von sachlich notwendigen Maßnahmen, z.B. auf Gebieten wie Luft, Wasser, Boden und Abfälle, einigermaßen vollständig erscheint. Lücken können nur noch von Experten geschlossen werden. Parteien und Bewegungen müssen nicht mehr herausfinden, was nötig wäre, sondern wie und mit welcher Priorität bekannte Konzepte verwirklicht werden können. Mit der Aufwertung der Wie-Frage verlieren auch die Problemlösungskataloge der Parteien (sog. Programme) an Bedeutung. Und die Aufgaben grüner Reformpolitik verlagern sich: Mit welchem Realitätsverständnis können wir Möglichkeiten und Risiken der Intervention in wirtschaftliche Abäufe so korrekt wahrnehmen, daß die Gesellschaft - durch Nutzung günstiger politischer Gelegenheiten - auf den Trip ökologisch-sozialen Wandels gebracht werden kann?

"Wirtschaft" - das ist bekanntlich ein Universalthema, über welches nicht bloß Politiker und Ökonomen miteinander streiten. Über Wirtschaft zu reden, vermag auch anderen - vom Moralphilosophen bis zum Sozialtechnokraten - Freude und Lebenssinn zu vermitteln. Ganz zu schweigen von Krisengewinnlern, die demütig oder ungeduldig auf die jeweils nächste Wirtschaftskrise warten und ihre ganz spezielle Krisendefinition als Teil der persönlichen Identität pflegen. Nur wer von großer Heilsgewißheit oder berausenden Getränken erfüllt ist, vermag noch zu allen wirtschaftspolitischen Aspekten "wahre" Sätze zu sagen und die allfällige Kritik der Besserwissenden unbeschadet wegzustecken. Weniger starke Persönlichkeiten müssen das Thema

eingrenzen und angeben, worüber sie gerade nicht reden werden. So hat auch dieser Beitrag Lücken: Es folgt kein Patentrezept für einen Wirtschaftsboom im Ruhrgebiet. Es werden keine "wahren" Prinzipien der ökologisierten Wirtschaft verkündet. Und es wird nicht offenbart, welche Unternehmensform - Aktiengesellschaft, Genossenschaft, Bergwerksverein, Kleinbetrieb, Staatskonzern oder Selbstverwaltungskollektiv - der Autor für die schönste hält. Das sind beileibe keine Nebensachen, sondern viel zu wichtige Fragen, um ihre gewissenhafte Erörterung den Fachleuten aus der Hand zu nehmen: Ästheten und Aktionisten, Predigern und Mystikern.

## **Kapitalbegriffe**

Es gibt eine üble Tradition, wirtschaftliche Macht zum Kern aller Probleme zu erklären und sie nur "historisch", aber nicht realpolitisch für überwindbar zu halten. Dann kann man zwar jederzeit "dem" Kapital rhetorisch die Zähne zeigen, aber ansonsten glauben, das Nötige veranlassen zu müssen, damit alles so bleibt wie es ist. Diese Sicht hat sich ebensogut für Gewerkschaftsvorsitzende und Gesamtbetriebsräte bewährt wie in weitsichtig angelegten Jusokarrieren.

Eine Alternative wäre es, die Absicht, "Wirtschaft zu gestalten", "Kapitalismus zu überwinden", "Produktion zu ökologisieren" usw. als das Problem des hochriskanten Umgangs mit gesellschaftlicher Kompliziertheit zu verstehen. D.h. die Zusammenhänge von Produktions-, Markt- und Verteilungsbeziehungen, von deren Funktionieren praktisch "alles" abhängt, sollen *gezielt* unter Veränderungsdruck gesetzt werden, so daß unerwünschte Wirkungen unwahrscheinlicher, andere dafür wahrscheinlicher werden. Dabei spielt "Kapital" in der Tat eine zentrale und "mächtige" Rolle. Allerdings am wenigsten dadurch, daß es uns vorschreibt, was wir tun sollen, sondern dadurch, daß es ungemein "empfindlich" und unfreundlich auf unsere Absichten zu reagieren vermag.

Man kann das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft mit drei verschiedenen Kapitalbegriffen beschreiben: Kapital als alles plattmachende Dampfwalze, Kapital als wehleidiger Großvater oder Kapital als scheues Reh. Dabei hat der zuerst genannte Kapitalbegriff inzwischen jede Bedeutung für hochentwickelte Industriegesellschaften verloren. Sie sind durchkapitalisiert. Doch das Instrumentarium linker Reformkonzepte ist noch voll auf ihn eingestellt: mit Dynamit und Panzersperren. Die beiden anderen Kapitalbegriffe "beherrschen" die Wirtschaft: der kranke Großvater und scheue Rehe. Es besteht das Dilemma, daß letztere nur dort äsen mögen, wo das Revier nicht den Geruch einer Intensivstation mit Überlebenshilfen aller Art ausströmt. So hat also Wirtschaftspolitik viel damit zu tun, eine Balance zwischen absterbenden Strukturen der Kapitalverwertung, von denen zwar noch die Existenz vieler Menschen abhängt, und "neuen" Strukturen anzustreben, die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit versprechen, ohne daß man wüßte, wie und wohin sie sich entwickeln. Politik muß Strukturwandel fördern und gleicht deshalb einer Beschwörung der Götter, ganz viel Regen, aber bloß keine Überschwemmung zu schicken.

Wer unter solchen Bedingungen gestalten will, muß seine Eingriffe auf zwei Randbedingungen einstellen: zum einen auf die gesamtgesellschaftliche Abhängigkeit vom Funktionieren der Kapitalverwertung i.S. eines hohen Beschäftigungsniveaus und munter fließender Steuerquellen;

zum anderen auf die Unterschiedlichkeit von Kapitalsorten und Verwertungsstrukturen, von denen immer irgendwelche so wie derzeit Steinkohlenbergbau und Stahlindustrie (aus durchaus verschiedenen Ursachen) an autonomer Existenzfähigkeit verlieren. Um es weiter zuzuspitzen: Die Verschiedenartigkeit wirtschaftlicher Phänomene vom Typ Unternehmen und Branchen ist, wenn man ihre Ausdifferenzierung nach Größe, Organisationsstrukturen, Managementstile, Innovationsstrategien, Produktdifferenzierung, Produktionstechniken, Marktmacht auf Beschaffungs- und Absatzmärkten, Arbeitskräftebedarf, Weltmarktabhängigkeit usw. betrachtet, als wesentlich größer zu veranschlagen als das einschlägige Begriffsvermögen der Sozialwissenschaften. Letzteres bezieht sich auf das Industrialisierungsniveau der 50er Jahre. Aber was heute "Wirtschaft" und "Kapitalismus" heißt, hat im Hinblick auf Verflechtungen, Folgeprobleme und Sensibilität den Rahmen des damaligen Vorstellungsvermögens gesprengt. Es gibt keine sozialen Existenzweisen mehr, die als Alternative zur Lohnarbeit in weltmarkteffizienten Sektoren befriedigen könnten, und sei es auch nur so wie noch vor drei Jahrzehnten die weitgehend vorindustrielle Landwirtschaft. Und es gibt nirgendwo auf der Welt ähnlich effiziente Organisationsformen oder ähnlich "ansteckende" Erfolgsmaßstäbe wie die des modernen Industriekapitalismus. (Das weiß auch Gorbatschow.) Dagegen sind wechselseitige Abhängigkeiten flächendeckend und telefonfink geworden. Ob ein staatliches Beschäftigungsprogramm "greift", ob Unternehmen zu Investitionen in Rosenheim oder in Leer verlockt werden können, das hängt u.U. von der Zinshöhe in den USA, der Handelspolitik des MITI in Japan und dem Modernitätsgrad von Professionellenhobbies ab. Die Situation ist fatal und enthält nicht allein ökologisches Unheil. Ihr ist mit Wünschen und Utopien nicht beizukommen.

Wenn die Begriffe den Realitäten nicht gerecht werden und nur einzelne Stückchen der ganzen Komplexität aufnehmen, macht es scheinbar Sinn, nach radikalen Alternativen zu suchen, statt die Erfolgsbedingungen einer umsichtigen Reformpolitik zu erforschen. Aber Kapitalismus ist viel weniger harmlos als ihn seine fundamentalistischen Kritiker ausmalen, die glauben, ihn nach der Logik des Treppensteigens oder Weitspringens "überwinden" zu können. Kapitalismus ist nicht der Keller, in dem es gruselt, sondern die Heizung, die wärmt; er ist nicht die Entfernung, die abzuschreiten, sondern ihr Maßstab, der auszuwechseln ist. Die im und durch Kapitalismus gestifteten Abhängigkeiten sind so umfassend, daß die, die seine Privilegien genießen, seien es Manager oder bloß Eigentümer, jeglichem Frontalangriff amüsiert entgegensehen können. Besitztitel für Kapitalanteile mögen in Börsenkrächen oder durch Enteignung den Inhaber wechseln, die flotte Anti-System-Rhetorik wirkt auf ihn allemal beruhigend. Sie zeigt, wie wenig Veränderung droht, wenn die Veränderer ihr Objekt so ungenügend kennen, daß sie aus verminderten Profiten mehr Subventionen abzweigen, Vollbeschäftigung durch höhere Stücklöhne erreichen und ökologische Produktionsverfahren durch Verzicht auf Technikinnovation erzwingen wollen.

### **Politikprobleme**

Wenn politische Interventionen zu scheitern drohen oder wegen der Gefahr ihres Scheiterns unterlassen werden, haben wir es mit zwei verschiedenen Problemen zu tun: mit einer hohen Resistenz der Wirtschaft gegenüber politischen Steuerungsversuchen und mit den engen Grenzen

der politischen Steuerungsfähigkeit. Die Steuerungsresistenz der Wirtschaft ist in der Tat eine Machtfrage, aber v.a. aufgrund von wirtschaftlichen Alternativen der Unternehmen, weniger aufgrund einer Unfähigkeit der Politik, Befehle auszusprechen.

Gemeint ist, daß nur ökonomisch schwache, schrumpfende und am Rande der Konkurrenzfähigkeit krebende Unternehmen und Branchen auf politische Eingriffe reagieren *müssen* - weil sie dazu keine wirtschaftliche Alternative haben. Die innovativen, weltmarkteffizienten und strukturbestimmenden Unternehmen können es sich leisten, auf Politik zu pfeifen. Sie brauchen ihre Alternativen nur anzudeuten, um selbst Einfluß auszuüben statt politischen Einflußversuchen nachzugeben: Kapitalliquidation und -transfer, Firmenaufkäufe und Fusionen, alternative Investitionspläne, Standort- und Innovationsentscheidungen u.a.m. Die Machtüberlegenheit der "erfolgreichen" (Groß-)Unternehmen beruht nicht auf Bestechungsgeldern und politischen Kungeleien, sondern auf der asymmetrischen Abhängigkeit der Gesellschaft von florierenden Unternehmen. Politiker, die diese Abhängigkeit "steuern" wollen, brauchen dafür Schmieröl, das sie erst einmal in profitablen Bereichen abschöpfen müssen. Das ist die eine Seite des Steuerungsdilemmas: Nichts braucht "der" Staat so sehnsüchtig wie "starke" Unternehmen (und natürlich Politikerinnen, die lieber über Terror als über Politik rätseln).

Die Steuerungsunfähigkeit der Politik ist mehr als nur die Kehrseite der Steuerungsresistenz einer florierenden Wirtschaft. "Eigene" Ursachen liegen in den besonderen Funktionsproblemen von Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen, Handlungsprogramme zu entwickeln, welche nur in seltenen Ausnahmefällen zugleich realitätsangemessen *und* "attraktiv" sind. In der funktional differenzierten Gesellschaft haben Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft fast unüberwindliche Probleme, Formeln zum Umgang mit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Komplexität als Werbesprüche zur Beschaffung pauschaler politischer Unterstützung zu formulieren. Auch ohne es einzugestehen, sind sie längst strategieunfähig im strikten Sinne des Wortes. Sie können vielleicht noch auf lockende Ziele verweisen, aber sie müssen sich aus eigenem Interesse davor hüten, die Reise zu ihnen anzutreten. Der Weg geht durch Wüsten und Sümpfe, keine denkbare Gefolgschaft ist bereit, von Brackwasser und Hartzwieback zu leben. Die unvermeidlichen Reformkosten mag keiner tragen. Volksparteien, die durch ihre gegenseitige Konkurrenz zur Beschönigung der Lage und zum Versprechen des Unmöglichen gezwungen sind, erweisen sich als das ungeeigneteste Transportmittel zur Beförderung ökologischer Reformpolitik. Hier liegt der strategische Vorteil kleiner Parteien.

Ähnlich sind die Handlungsprobleme von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Sie sind noch dadurch verschärft, daß politische Wirkungskraft unmittelbar vom Handeln der Mitglieder selbst abhängt, von der Bereitschaft zu Streiks und Manifestationen. Das klappt i.d.R. nur, wenn gemeinsame Situationsdeutungen und "Kollektivbewußtsein" existieren - also etwas, was auch angesichts zahlreicher Konfliktziele immer schwieriger zu finden ist, weil sich Arbeits- und Lebenswelten in nie gekannter Vielfalt ausdifferenzieren. Als zwangsläufige Konsequenz müssen z.B. Gewerkschaften so widersprüchliche Erfolgspakete wie beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzungen und beschäftigungssenkende Arbeitszeitflexibilisierungen schlucken. Die andere Möglichkeit ist dann nur, daß Konfliktziele zu "Zwecken an sich" stilisiert werden (6-Stunden-Tag, Natoaustritt, unilaterale Abrüstung), womit sich Aktivistengruppen eine

Kollektividentität verschaffen: durch Gleichfärbung der Brillengläser.

Wer sich von solchen Beobachtungen zur Nüchternheit anhalten läßt und etwas zurücktritt, um einen neuen Denkanlauf zu nehmen, erkennt: "Linkes" Denken hat aus dem Traditionsgut der sozialistischen Arbeiterbewegung zwei Herangehensweisen geerbt, zwischen denen zu wählen, mehr denn je geboten ist: einerseits zu benennen und anzustreben, was im Hinblick auf die realen gesellschaftlichen Umstände richtig und angemessen ist, andererseits das zu "fordern", was als gerecht gilt und ein kollektives Bewußtsein ausdrückt. Beides lief bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts auf ein und dasselbe hinaus: "Sozialismus statt Kapitalismus". In Zeiten beschleunigten sozialen Wandels ist jedoch die Entscheidung für Problemangemessenheit *oder* für alte Symbole von Gruppenidentität nötig. Leider. Wer heute Reformpolitik will, hat keine andere Wahl, als den erstgenannten Weg einzuschlagen. Sobald man beginnt, das Mißverhältnis zwischen gesellschaftlicher Komplexität und politischem Steuerungsvermögen zu verstehen, braucht man die Unmöglichkeit eines Systemswitchs weder als eigenes Unvermögen zu entschuldigen noch als Anlaß zum Abwarten auf bess're Zeiten gelten zu lassen.

### **Politikfetische**

Bei ihrer Suche nach Antworten auf Steuerungsfragen zieht es traurigerweise immer noch viele in die Bibliotheksabteilung "Markt-Plan-Debatte". Doch längst sind "Markt" und "Plan" zu ausgesprochen unterkomplexen Begriffen für die Erfassung der gesellschaftlichen Realität geworden. Sie sind von weitaus höherem Abstraktionsgrad als man bei ihrem alltäglichen Gebrauch bemerkt: Einerseits sind Marktmechanismen i.S. der Abwägung von alternativen Kosten und Erträgen auch innerhalb von Organisationen gang und gäbe. Andererseits ist Markthandeln ohne aufwendige organisatorische und vertragliche Voraussetzungen, ohne Techniken der Risikobegrenzung und einer nichtökonomisierbaren Innovationsvorsorge praktisch unmöglich. Wäre das permanente Neuaushandeln von Preisen und Bedingungen auf Spotmärkten der Weisheit letzter Schluß, würden Unternehmungen nicht zögern, sich jede Woche neu zu gründen: mit anderen Beschäftigten, anderen Maschinen, an anderen Standorten. Weil jedoch Markt- und Organisationshandeln mit ihren je besonderen Erfolgsrisiken, Informations- und Transaktionskosten in Rechnung zu stellen sind, treten sie nur vermischt auf, sind "an sich" weder gut noch böse, weder "industriell" noch "ökologisch". Welche sozialen Wirkungen sie haben, ist von Rahmenbedingungen, d.h. dem Regelwerk, durch das sie wirken, und der Art ihrer Verkoppelung mit sozialen Institutionen (Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Sozialversicherung) abhängig. Die Annahme ist falsch, daß Arbeitskräfte dort am meisten Alternativen hätten, wo es nur Organisationsentscheidungen gibt, und daß sie ohnmächtig wären, wo ihre Produkte am Weltmarkt konkurrieren müssen. Wie wenig sinnvoll es ist, über Markt "an sich" zu reden, läßt sich auch mit der Unterscheidung zwischen Güter- und Kapitalmärkten, Waren- und Arbeitsmärkten, Märkten für erschöpfbare Ressourcen und solchen für Konsumgüter in Erinnerung rufen.

Wer die Unterschiede zwischen Markt- und Organisationshandeln für letztentscheidend hält, sollte sich vergegenwärtigen, wo denn jeweils die Quelle der von ihm unterstellten Steuerungsrationalität verortet ist: Im Falle des Marktes geschieht eine laufende Anpassung des Handelns an die als

aggregierte Handlungsfolgen entstandenen Umweltbedingungen, d.h. z.B. an Preise, die den Lohnstückkosten in Südkorea oder den gerade von Saudi-Arabien bevorzugten Ölfördermengen geschuldet sind. Dabei ist es eine empirische und wohl kaum eine Prinzipienfrage, ob man diesen Umweltdaten "Vernünftigkeit" i.S. erwünschter Wirkungen unterstellen kann. Beim Mechanismus Organisation (bzw. staatlicher Regulation) entscheiden letztlich politische Aushandlungsprozesse über die "Vernünftigkeit" der Resultate. Das hängt von den Interessen, Handlungsspielräumen und kognitiven Fähigkeiten der Beteiligten ab: Verstehen sie die Umwelt, deren Wandel, ihre eigenen Interessen und natürlich "das" System ausreichend, um es steuernd zu "bessern"? Können sie sich womöglich auf Handlungsalternativen zurückziehen, die keiner Koordination bedürfen und sie deshalb gegenüber koordinationsbedürftigen Partnern "mächtig" machen? Ob für eine bestimmte Problemlage Markt- oder Organisationshandeln "besser" sind, ist wiederum eine praktische und keine prinzipielle Frage.

In der Politik und insbesondere in wirtschaftspolitischen Debatten sind "Markt" und "Staat" längst keine realen Alternativen mehr, sondern bloß Chiffren, derer sich die Akteure bedienen, um sich ökonomischen Weltbildern zuzuordnen. Damit läßt sich auch ein persönlicher Identifikationsbedarf befriedigen. In diesem symbolischen Sinne bedeutet "Markt": Die allemal notwendigen Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen werden in Kenntnis der Wichtigkeit der Marktkonkurrenz für Allokationseffizienz und Innovationsdruck vorgenommen. Wer als Marktbefürworter Wirtschaftspolitik betreibt, wird von den Investoren als "selbstkontrolliert" verstanden. Man unterstellt ihm zu wissen, wo und wann er aufhören muß, politisch einzugreifen. Daraus ergibt sich der Platzvorteil von Liberalen und Konservativen in der Wirtschaftspolitik. Er beruht nicht auf Bestechungsgeldern und Frühstückskartellen, sondern auf der Erwartung, daß die Warn- und Stoppsignale vor zuviel Interventionismus rechtzeitig erkannt und richtig gedeutet werden. Anzunehmen, daß Manager, die das zu schätzen wissen, so verrückt sind, eine "reine" staatsfreie Wirtschaft anzustreben, ist phantastisch. Die Zeiten des ORDO (von dem u.a. Biedenkopf träumt) sind vorbei. Wenn jetzt die traditionelle, v.a. auf nationale Volkswirtschaft und den Binnenmarkt beschränkte Wirtschaftspolitik von einer auf Unternehmen (und Branchen) zielenden Politik in Weltmarktperspektive abgelöst wird, ist das nicht der Wechsel zu "mehr Markt".

"Staat" bedeutet: Die sozialen Kosten zu erkennen, die entstehen, wenn Natur und Arbeitskraft den Marktbedingungen unterworfen sind, und sie durch veränderte Rahmenregelungen ausgleichen zu wollen. Egal, wieviel Bekenntnisse dabei zugunsten des Marktes abgeleistet werden, die Investoren nehmen an, daß "Interventionisten" (z.B. SPD und Grüne) gerade dann nicht aufhören werden zu intervenieren, wenn sie damit Erfolg haben. Wer sich der Intervention als Prinzip verschrieben hat, wird umso häufiger und risikofreudiger intervenieren, je mehr er schon erreicht hat. Staatsintervention wird als Droge interpretiert. Dem Abhängigen wird sie mißgönnt. Deshalb dürfen nur die, die an Schranken und Stopregeln glauben, mit Verständnis für Interventionen rechnen. Liberale dürfen mehr als sie wollen. Im Interesse des Erfolgs das unterlassen zu müssen, was man eigentlich will, ist das klassische Dilemma sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Die Tatsache, daß eine ideologische Dauerkontroverse über die Prinzipien Markt und Staat geführt wird, obwohl ein bloß prinzipiengeleiteter Eingriff ökonomische Naturkatastrophen heraufbeschwört, besagt etwas ganz anderes: Sie ist Indiz für die hochgradige Funktionsteilung der

Gesellschaft, die Verselbständigung sinnstiftender Diskurse gegenüber realen Problemen und Funktionszusammenhängen. Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, sie kennen sich viel weniger, als ihre Akteure behaupten. Wer den seit Jahrzehnten stattfindenden Strukturwandel im Montanbereich als "zu plötzlich" und (mangels Vorsorge) sozial unerträglich wertet, dürfte sich kaum zu drastischen Arbeitszeitverkürzungen oder der Einführung von sog. Ressourcensteuern bereitfinden, weil deren erwünschte Lenkungseffekte von Struktureffekten begleitet wären, die den Rheinhausen-Protest auf die Seite "Vermischtes aus aller Welt" abdrängen würden. Wer noch nach dem "richtigen" Prinzip fragt, setzt die Vergangenheit als Abnehmer für sein Patentrezept voraus.

### **Entwöhnungstrips**

Eine kapitalistische Wirtschaft, von der alle Existenzbedingungen und Sicherungsformen abhängen, ist als verschärftes Suchtphänomen zu verstehen: Sofortentzug führt ebenso zum Exitus wie ungebremste Fortsetzung. Nur schleichende Entwöhnung ist möglich, aber viele Sorten von Ersatzdrogen (hoffentlich so wirksam wie Methadon) werden benötigt. Statt von der Idee eines Neuentwurfs "der" Wirtschaft nach "richtigen" Prinzipien auszugehen oder künftigen Generationen fertige Patentrezepte für den langen Marsch durch die Geschichte anzudienen, muß nach "Mechanismen" gesucht werden, die mit größerer Wahrscheinlichkeit als die derzeit verbreiteten den erwünschten Wandel hervorbringen, ihn begünstigen und in Gang halten.

Das sollte man - ganz im Sinne der emphatischen Marktbefürworter - als eine Art Evolutionsprozeß sehen. Zunächst wäre zu fragen, wie mehr "Mutation", also ein höheres Maß an Vielfalt von Produkt- und Verfahrensinnovation anzuregen ist. Wer unter dem Gesichtspunkt ökologischer und sozialer Verträglichkeit auswählen will, muß für "Varianz" sorgen. Eine positive Selektion, also die politische Vorsorge, daß bestimmte Sachen auf jeden Fall produziert werden, mag richtig sein. Aber nicht, wenn sie als Alternative zur Förderung von Vielfalt verstanden wird. Selektion - und da mögen die Marktbefürworter aufstöhnen - muß in erster Linie die Aussonderung von Unerwünschtem sein. Und Reproduktion, als der dritte Evolutionsmechanismus, ist das Problem, wie Wirtschaftsorganisationen (Unternehmen und Verbände) zur raschen und effizienten Selbstkorrektur befähigt werden, wenn sie Kriterien ökologischer und sozialer Verträglichkeit verletzen. Dazu vier Gesichtspunkte:

(1) Es ist besser, die faktische Selbständigkeit der Wirtschaft gegenüber der Politik zu dulden, statt zu versuchen, sie mit hochriskanten Mitteln der direkten Steuerung abzubauen. Das setzt eine weitere Entkoppelung der Einkommensverteilung von der Produktion voraus, in der Perspektive eines garantierten Grundeinkommens. Dabei gewönne auch die Politik mehr Autonomie, denn sie könnte intervenieren, ohne so wie heute durch Beschäftigungsprobleme gelähmt zu sein. Blicke es den Unternehmen überlassen, wie sie wirtschaftlich auf umweltpolitische Eingriffe reagieren, wären wirksamere Eingriffe als heute möglich und würden zugleich auch leichter akzeptiert werden können als wenn sie mit "Beschäftigungsaufgaben" verbunden wären. So ließe sich die Unterschiedlichkeit von Unternehmen, Branchen, Konjunkturen und Innovationsstrategien als Anpassungspotential nutzen, statt sich durch übergeneralisierte Interventionsprogramme unerwünschte Folgeprobleme einzuhandeln.

(2) Gefordert ist also eine spezifische Politik i.S. von "management by exception". Sie hätte zu verhindern, daß die intervenierende Politik nicht in den Strudel eines *als Folge* von Eingriffen wachsenden Eingriffsbedarfs gerät. Orientierungsziel wäre, Unternehmen auf geeigneten, von Fall zu Fall unterschiedlichen Wegen zur Internalisierung der von ihnen mitverursachten sozialen Kosten zu veranlassen, ohne ihren Bestand auf Absatzmärkten unnötig aufs Spiel zu setzen. Mit einer vielgliedrigen Kette punktueller Eingriffe kann nicht nur jederzeit begonnen, sondern, was wichtiger ist, der Erwartungsrahmen der Unternehmen selbst dynamisiert werden. Sie müssen "mit Sicherheit" erwarten dürfen, daß Umweltgesichtspunkte in Zukunft mehr und mehr zählen. Richtige Investitionsentscheidungen für die Zukunft zu treffen, muß heißen, mit weniger Externalisierung sozialer Kosten rechnen zu müssen als in der Gegenwart. Der "normative Virus" ökologischer Kriterien muß von den Entwicklern und Marketingstrategen selbst vermehrt und verbreitet werden. Politik muß "bloß" verlässliche Infektionsherde stiften.

(3) Ganz analog der natürlichen Evolution wäre das Prinzip der günstigen Gelegenheit zu praktizieren. Unerwartete und unplanbare Gelegenheiten können den "take-off" für richtungsentscheidende Innovation ("Mutation") liefern. Unter günstigeren politischen Umständen hätte der letzte Ölpreisverfall den Umstieg auf eine Infrastruktur des Energiesparens abgegeben. Aber auch dann wäre niemand darauf vorbereitet gewesen.

(4) Schließlich ist davon auszugehen, daß nicht jedes wirtschaftliche Problem wirtschaftlich gelöst werden kann. Vor allem flächendeckende und allgemeine Lösungen sind nur noch als Sozialpolitik vorstellbar, wenn die Existenz von Unternehmen stärker mit weltweiten Teilmärkten als mit nationalen Wirtschaftskonjunkturen verknüpft ist. Sozialpolitik deswegen, weil die Angewiesenheit auf effiziente Produktion nicht die Vergesellschaftung schlechter Produktionsrisiken (z.B. von Schiffen und Massenstahl), sondern die egalitäre Verteilung von Beschäftigungschancen bzw. arbeitsmarktunabhängige Einkommen als rational ausweist. Wenn Waren trotz mangelnder Marktfähigkeit weiterproduziert werden, heißt das, anderenorts noch stärker auf Weltmarkteffizienz angewiesen zu sein, um dort per Einkommensteuer abzuschöpfen, was hier zur Subvention von Produktionskosten gebraucht wird. Wenn wir heute in Rheinhausen für Arbeitsplatzhaltung eintreten, weil man den alternativlosen Wegfall von Existenzchancen nicht hinnehmen darf, sollte doch die Folge schuldhafter Unterlassungen nicht mit einer Lösung der zugrundeliegenden Probleme verwechselt werden. Zumindest bedarf es eines Beschäftigungsfonds für Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze durch Betriebsstillegungen (u.a. auch aus ökologischen Gründen) verlieren.

Es ist nicht zu übersehen: Die Logik einer Entwöhnungsstrategie widerspricht dem klassischen "linken" Verständnis von Reformpolitik, das dem Dampfwalzenkapitalismus mit panzerbrechenden Waffen begegnen oder dem kranken Großvater Sterbehilfe andienen wollte. Doch die Dampfwalze rollt nicht mehr, nachdem sie fast jeden Winkel der Gesellschaft eingeebnet hat. Und Kapital, das als kranker Großvater gefüttert und bemuttert werden will, hinterläßt kein Erbe, von dem sich fröhlich leben ließe. Um Rehe am Weltmarkt zu halten, sind jedoch die alten Rezepte so passend wie ein Haufen besoffener Treiber. Was tun? Zuerst sollten wir mit der Erwartung aufräumen, daß die Lösungen für große und komplizierte Probleme ebenfalls "groß" und kompliziert sein müssen. Das ist eine Verwechslung. Manche müssen etwas komplizierter zu denken lernen.



## Steuerungssignale

Reformpolitik muß sich fallweise und undogmatisch aus dem Fundus der durchaus bekannten Steuerungsmittel bedienen. Und sie hat zu beachten, daß diese immer nur insoweit wirken, wie sie den Objekten der Steuerung (also Unternehmen und Konsumenten) Wege zeigen und offen lassen, ihr Eigeninteresse mit verringerten sozialen Folgeproblemen zu verfolgen. Dazu zählen natürlich:

(1) Preise für Güter, deren Verwendung nicht untersagt oder erzwungen, aber deren Mengeneinsatz verändert werden muß: also Steuern, Abgaben, Gebühren, Anreize, Finanzierungshilfen usw. Sie sind sinnvoll, wo autonome und effiziente Anpassungsprozesse erwünscht sind. Aber ihre notwendigen Voraussetzungen sind nicht zu übersehen: Man muß (a) politisch intervenieren, um eine Preisfunktion erst einmal einzuführen und dann an Zielwerte (der Luftreinheit, der Energieeinsparung usw.) anzupassen. Man muß (b) rechtfertigen, daß es um Anpassung statt um die Abstellung eines Übels geht. Man muß (c) den Kontroll- und Erhebungsaufwand (auch als Bürokratiebedarf) berücksichtigen, wenn man Effizienz erwartet. Man muß schließlich (d) die triviale Tatsache sehen, daß durch Verpreisung nur bekannte, aber keine unbekanntes Risiken beherrscht werden können.

(2) Gleichrangig dazu gehören spezifische Ge- und Verbote. Oder sollte man Tempo 100 mit einem Bonussystem durchsetzen? Viel spricht dafür, realistische Umstellungsphasen und Übergangsfristen vorzusehen und statt der Mittel und Wege lediglich definitive Zielwerte (Abgaswerte, Energiewirkungsgrade) vorzugeben, die auf beliebige Weise eingehalten werden können. Ob man es mag oder nicht: Die bei weitem kreativste und innovativste Organisationsform in *dieser* Gesellschaft sind marktabhängige Unternehmen, nicht Ministerien, Forschungsbürokratien oder Universitäten (Musterbeispiel sind die überspezifizierten und innovationshemmenden Katalysatorbestimmungen).

(3) Die Produktion neuartiger Risiken läßt sich nur durch eine Ausweitung des Haftungsrechts eindämmen, das sowohl eindeutige Verursachungsfälle als auch die sog. Gefährdungsrisiken erfassen muß. Gefährdungshaftung und Beweislastumkehr erlauben es, soziale Risiken an ihre potentiellen Urheber zurückzukoppeln, um deren Eigeninteresse auf eine vorausschauende Risikokalkulation zu lenken. Wer vorher weiß, daß er im Falle des Falles die ganze Zeche zahlen muß, aber nicht weiß, wieviel Leute Prost sagen werden, wird ein billigeres Getränk vorschlagen. Er wird seine Selbststeuerungsfähigkeit in die sozial gewünschte Richtung lenken müssen: Alternativen der Produktion würden genau dort erforscht und ausprobiert, wo Schadensvermeidung nicht nur wirtschaftlich geboten ist, sondern mit einer intimen Kenntnis der technisch-funktionalen Alternativen und dem Maximum von Innovationsfähigkeit zusammentrifft. Welche Formen von "risk pooling", gemeinsamer Rückversicherung, von Branchenfonds und Innovationskartellen sich bei Unternehmen und Wirtschaftsverbänden durchsetzen, brauchte die Politik nicht zu kümmern, da sie nur "Recht" in Gestalt von Zielwerten, Fristen und Verantwortlichkeiten vorzugeben braucht. Die Wahl des Anpassungspfades an neue Bedingungen im komplexen System der Wirtschaft bliebe Sache der Unternehmen. Der Mechanismus ist vermutlich zu einfach, um Profipolitiker zu überzeugen, die für komplizierte Probleme lieber kompliziertere Lösungen (ORDO, Vergesellschaftung und sonstwas) hätten.

(4) Von genau derselben Steuerungslogik sind Thematisierungs-, Widerspruchs- und Arbeitsverweigerungsrechte für Arbeitnehmer, die entweder gegenüber ihrem Arbeitgeber oder in der Öffentlichkeit jene Gefahren zur Sprache bringen, die sie am Arbeitsplatz so hautnah wie sonst kaum jemand erfahren. Nicht selten handelt es sich um Informationen, die zwar strafrechtliche Tatbestände (wie etwa in den Hanauer Nuklearbetrieben) betreffen, aber unter dem Schleier der Betriebskumpanei bleiben, weil der Dumme ist, der am Arbeitsplatz an Allgemeininteressen denkt und noch laut darüber redet. Hier liegt dasselbe Kollektivgutdilemma vor wie bei der Autobahnraserei im Nebel: Wer als einziger "vernünftig" sein möchte und Tempo 30 wählt, während die wackeren Brummipiloten mit 100 Sachen daherbrettern, bewirkt nur Unheil. Dagegen wäre das notwendige Sicherheitsnetz aus erweiterten Arbeitnehmerrechten, Einkommensgarantien und "moralischen" Prämien weder kompliziert noch kostspielig, um eine Lawine verkappter Risiken aufzudecken und kontrollierbar werden zu lassen. Arbeitsverweigerungsrechte sind zwar im grünen Umbauprogramm enthalten, aber es drängt sich wiederum der Verdacht auf, daß der ganze Komplex nicht schwierig genug ist, um eine Fraktion zu entsprechenden Kampagnen zu motivieren, selbst wenn Gelegenheiten so günstig sind wie z.B. dank Transnuklear.

### **Steuerungsmythen**

Natürlich gibt es noch viel mehr "Instrumente". So hat es sich z.B. auf den Feuilleton-Seiten der Tagespresse bewährt, auf Wertewandel, New Age und die Entdeckung zu setzen, daß ältere Generationen aussterben, wogegen jüngere immer wieder neu auftauchen. Doch ist nicht nur die Ausbreitung ökologischer Orientierungen in der Beschäftigungskrise der achtziger Jahren zum Stillstand gekommen, sondern der Wertewandel wird auch im Hinblick auf seine politischen Wirkungen falsch eingeschätzt: In einer Gesellschaft, in der soziale Existenzchancen, Lebensweisen und Deutungsmuster so heterogen sind und unbeschadet nebeneinander bestehen, können sich neue Orientierungen nicht wie ein Flächenbrand ausbreiten. Sie finden ihre Nische und damit basta. Gesellschaftliche Kommunikationen sind geradezu (und gottseidank) darauf eingestellt, mit Heterogenität und Orientierungsunterschieden umzugehen, also dem Anderssein von Subkulturen Raum zu lassen. Würde sich bloß eine Subkultur des ökologischen "Anderslebens" befestigen, so würde sie mithelfen, daß sich die anderen "anders" definieren können. Das sollte man vermeiden. Z.B. indem man in öffentlichen Diskussionen besser auf bescheidene Gemeinsamkeiten setzt als die Vertiefung von Verschiedenheiten zu befördern. Appelle, "anders" zu denken, wären im übrigen nur dann fruchtbar, wenn gleichzeitig auch "anderes" Handeln erleichtert wird: durch individuelle und kollektive Vorteile einerseits, durch öffentliche Sichtbarkeit andererseits. In diesem Sinne lohnen sich Versuche, ökologische Produktions- und Lebensweisen mit *vielfältigen* Lebensstilakzenten zu ermöglichen und zu "normalisieren".

Gleichfalls von zweifelhaftem Wert ist die Lieblingsidee grüner Umbauwerker, alles Heil von Umbaukommissionen, Umwelträten, Wirtschafts- und Sozialräten, also von korporatistischen Verhandlungsgremien zu erwarten, die mit Vertretern der einschlägigen Interessen- und Betroffenengruppen bestückt sind. So anheimelnd das bunte Bild wirkt, auf dem die strickende Hausfrau neben dem Gewerkschafter im Blaumann, dem Kapitalisten mit Zylinder und Zigarre, dem Vorsitzenden der Apothekerzunft und dem Spezialisten des Bundes für Pflanzen- und

Lurchenlust sitzt, so sicher kann mit einer enormen Verdampfungsrate für Verantwortung und Motivation gerechnet werden, wenn jeder versuchen muß, Minikoalitionen aus Spezialinteressen zu schmieden. Da immer die Neigung besteht, von nützlichen Beiträgen der anderen als Trittbrettfahrer zu profitieren, sind Gremien dieser Art ausgesprochen ineffektiv, um allgemeine gesellschaftliche Ziele zu befördern. Jede Form der Konfrontation von Trägern gegensätzlicher, aber *aufeinander angewiesener* Interessen ist fruchtbarer. (Es läßt sich unschwer zeigen, daß Lohnverhandlungen mit dem Kapital für beschäftigte (!) Arbeiter allemal vorteilhafter sind als wenn sie "sich selbst" gegenüber stehen wie etwa in Jugoslawien.) Die Stärken solcher Gremien sind ganz anderer Art:

(a) Sie ermöglichen Themenblockaden durch punktuelle Negativkoalitionen. So lassen sich unerwünschte Vorschläge zuverlässig abwehren. In grünen Reformkonzepten empfehlen sie sich als Genehmigungsbehörden z.B. für gentechnologische Experimente, solange deren Nutzen generell negativ beurteilt wird.

(b) Sie ermöglichen Entscheidungsverzögerung. Es läßt sich Zeit gewinnen und gesellschaftliche Komplexität durch Tempoverringerung des sozialen Wandels reduzieren. Wenn z.B. Technologiefolgenabschätzung eine aufschiebende Wirkung hätte, sollten unbedingt gruppenpluralistisch besetzte Gremien her, weil dann niemand riskieren möchte, die Verantwortung für endgültige Entscheidungen zu übernehmen.

(c) Sie ermöglichen es, Status-quo-Bedingungen zu bewahren, was gut ist, wenn die Dinge auch ohne Gremienentscheidung richtig laufen. Etwa so wie bei der Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Hier helfen eine umfassende (und entsprechend ungleiche) Interessenrepräsentanz und schwierige Konsensbedingungen, daß die schließlich gefundenen Kompromisse einer exzessiven Honorar- und Profitaneignung bei allen Teilnehmern Respekt und Legitimation genießen. Selbst staatliche Eingriffe in dieses Verfahren wirken inzwischen deplaziert. Für GRÜNE können solche Kommissionen dann so richtig sinnvoll wirken, wenn die BAG "Grüne GewerkschafterInnen" einige vergesellschaftete Unternehmen kontrolliert und sich vor der Kritik der bösen Umwelt schützen muß.

(3) Ebenfalls ungenügend erscheint es, das Feld ökonomischer Institutionen nur um ein paar hübschere anzureichern: z.B. vergesellschaftete Branchen, genossenschaftliche Eigentumsformen und selbstverwaltete Betriebe. Sie sollten eigentlich nur dann in wirtschaftspolitischen Konzepten auftauchen, wenn klar ist, wie sie mindestens einem von drei Kriterien genügen: (a) die Marktabhängigkeit von Produktions- und Lebensweisen vermindern (was heißt: Soziale Innovation in Richtung Selbstversorgung vorzunehmen); (b) neben Kapitalakkumulation auch qualitativ zu rechtfertigende Formen der Profitverwendung praktizieren (was heißt: Ein Stück in Richtung "Moralökonomie" zu gehen); (c) soziale Kosten über das übliche Maß hinaus vermeiden bzw. internalisieren (was heißt: Durch Berücksichtigung ökologischer und sozialer Gesichtspunkte ein gesellschaftliches Kollektivgut mitzuproduzieren).

Der bloße Wechsel von Besitztiteln für Kapitalanteile genügt keinem dieser Kriterien. Entscheidend ist, was ermöglicht wird und real passiert. Demokratische Selbstverwaltung allein besagt noch

nichts über die Art der Kompromisse, auf die man sich einigt. Auch Erhaltungs-Subventionen wären nur anhand der o.a. Kriterien zu rechtfertigen. Wenn die Abhängigkeit von Absatzmärkten andauert, keine moralökonomische Innovation erfolgt und auch nicht zusätzlich soziale Kosten gespart werden, ist Förderung besser dort angebracht, wo wenigstens ein Kriterium erfüllt und so etwas wie ökologisch-sozialer Fortschritt praktiziert wird.

### **Steuerungsfolgen**

Wirtschaftspolitik ist kein Selbstzweck, auch wenn es Fans und Verrückte gibt, die die Konkurrenz ökonomischer Weltbilder genießen. Es geht um gewollten gesellschaftlichen Wandel. Ökologische Wirtschaftspolitik wirkt "richtig", wenn sie einerseits Ansprüche und Erwartungen weckt, die als gewandelte Normen und Werte gelten und von wirtschaftlichen Akteure berücksichtigt werden. Das klappt andererseits nur, wenn der Wert ökologischen und sozialen Handelns besser erkennbar und höher geschätzt wird. Beides ist auf veränderte Institutionen (andere Auflagen, andere Steuern, andere Rechte) angewiesen, aber entfaltet eine eigene Dynamik erst durch Anerkennung und Bekräftigung in gesellschaftlichen Kommunikationen. Daß die meisten Einkommensteuerzahler ihre Einkommen wahrheitsgemäß deklarieren, daß Lehrer sich für die Lernerfolge von Schülern interessieren (obwohl sie nicht wie die Ärzte im Akkordstücklohn bezahlt werden!), beruht nicht auf Kontrolle und Strafandrohung, sondern auf selbstverständlich gewordenen Normen und ihrer Einbettung in "Gruppenmoral". Auch für die Auswahl von politischen Innovationen muß die Eignung, ein Teil der fraglos geltenden Normalität zu werden, beachtet werden. Nur die Selbstverständlichkeit ökologischer Gesichtspunkte vermag einen Selbstlauf von Ansprüchen und Handlungsbereitschaften zu begründen, den Historiker irgendwann später als rationale Selbstgestaltung der Gesellschaft identifizieren mögen.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Modebegriff "Risikogesellschaft" natürlich auch das allgemeine Bewußtsein von wirtschaftlichen Risiken und jederzeit möglichen Steuerungsfehlern einschließt. Größere Gewinne an Toleranzbereitschaft bei anhaltend hoher Folgensensibilität wird es wohl erst geben, wenn Arbeitsplatzrisiken von einer Art ökologischer Sozialgarantie abgefangen werden, d.h. daß wirtschaftliche Nachteile auf alle umzuverteilen sind, die aus der Abwehr ökologischer Risiken Nutzen ziehen (z.B. durch Einkommensgarantien bzw. Beschäftigungsfonds). Aber Risiken werden nur dann richtig wahrgenommen, wenn sie vermeidbar erscheinen. Das hätte ökologische Wirtschaftspolitik zu leisten. Auch vor der Koalition.

**Literaturhinweise**

Beck, U.: Risikogesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp 1986

Berger, J.: Die Entzauberung des Fortschritts. Ms. Bielefeld 1987

Offe, C.: Die Utopie der Null-Option. in: J. Berger (Hrsg.): Die Moderne. Kontinuitäten und Zäsuren. Göttingen: Schwartz 1986

Luhmann, N.: Soziale Systeme. Frankfurt: Suhrkamp 1984

Scharpf, F.W.: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Frankfurt/New York: Campus 1987

Wiesenthal, H.: Strategie und Illusion. Frankfurt/New York: Campus 1987